

ZNS - Hannelore Kohl Stiftung
Assistentin der Geschäftsführung
Rochusstr. 24
53123 Bonn

(1) Kennt Ihre Partei die „Stille Epidemie“ mit jährlich vielen Tausenden (!) Menschen aller Altersgruppen mit Behinderungen und von Behinderung Bedrohten durch eine erworbene Hirnschädigung – Opfer aus Haushalt, Straßenverkehr und Sport, neuerdings auch wieder aus Militär- und Kriegseinsatz und auch durch häufiger werdende chronische neurologische Krankheiten?

Wir bedanken uns bei Ihnen, dass Sie uns auf die diese wichtige Resolution hingewiesen haben. Niedrigschwellige, trägerübergreifende, bedarfsgerechte Angebote, unabhängige Beratung und partizipatives Planen sind wichtige Forderungen, die wir auch für andere Menschen mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen unterstützen.

(2) Wie steht Ihre Partei zu der mangelhaften Versorgungswirklichkeit in den Bereichen der stationären und nachstationären neurologischen Rehabilitation und der gemeinschaftlichen, schulischen, ausbildungsbezogenen sowie beruflichen Teilhabe und Inklusion der Menschen mit erworbener Hirnschädigung (MeH)?

Zur stationären und nachstationären Versorgung: In der Resolution Ihrer Stiftung wird die gute Erstversorgung bei erworbenen Hirnschädigungen, aber auch die unzureichende nachstationäre Rehabilitation dargestellt. Wir PIRATEN unterstützen Ihre Forderung nach dem Auf- und Ausbau wohnortnaher, flexibler, bedarfsgerechter Rehabilitationsangebote.

Zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft: Wir unterstützen den Entwurf des Forums behinderter Juristinnen und Juristen. Eine Kernforderung ist darin, dass die bisherigen Leistungen der Eingliederungshilfe nach § 54 SGB XII aus der Sozialhilfe gelöst werden und einkommens- und vermögensunabhängig gestaltet werden sollen. Gleichzeitig unterstützen wir - wie im Gesetzentwurf - die Leistungsform des trägerübergreifenden Persönlichen Budgets nach § 17 SGB IX, die eigentlich seit dem Jahre 2008 die Antragstellung auf Leistungen für behinderte Menschen vereinfachen sollte. Das ist bisher nicht gelungen. Hier braucht es mehr Kooperation der Leistungsträger und vereinfachte Strukturen.

Zur Teilhabe am Arbeitsleben: Wir PIRATEN wollen, dass vor allem die Mitarbeiter*innen der Jobcenter regelmäßig zu fachlichen und sozialen Kompetenzen geschult werden, um die Beratungsqualität zu verbessern. Gerade im Bereich der Menschen mit kognitiven, psychischen oder mehrfachen Einschränkungen brauchen wir Kompetenz für individuelle Lösungen.

(3) Wie will Ihre Partei die seit Jahren überfällige Umsetzung des SGB IX – speziell auch für Menschen mit erworbener Hirnschädigung – fördern? Wie steht Ihre Partei im Lichte der UN-Behindertenrechtskonvention zur Weiterentwicklung des SGB IX in der nächsten Legislaturperiode zu einem praktisch wirksamen und justiziablen Leistungsgesetz der Rehabilitation und Teilhabe?

Im Wahlprogramm und in einem Positionspapier bekennen wir uns an vielen Stellen zu Vielfalt als Wert und zur Inklusion, auch von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen

- Jedes Kind soll wohnortnah und barrierefrei eine Schule seiner Wahl besuchen können. Das Recht förderbedürftiger Kinder und deren Erziehungsberechtigter auf freie Wahl der Schulart soll bundeseinheitlich in allen Bundesländern gesetzlich festgeschrieben werden.
- Wie oben schon angerissen unterstützen wir den Gesetzentwurf des Forums behinderter Jurist*innen, der unter anderem eine Reform der Eingliederungshilfe und die Einsetzung eines Teilhabegeldes beinhaltet. Wir wollen auch, dass die Unterstützungsform der Persönlichen Assistenz für Menschen mit Behinderung leichter zugänglich wird.
- Wir wollen, dass das Recht auf Leichte Sprache gesetzlich verankert wird.
- Wir setzen uns außerdem für ein Merkzeichen "TbL" für taubblinde Menschen ein, dass mit Leistungen verbunden ist, die der Schwere der Behinderungen gerecht werden.
- Wir setzen uns auch für ein barrierearmes Gesundheitswesen ein, in dem zusätzliche Aufwendungen der Gesundheitsdienstleister für Menschen mit Behinderungen angemessen honoriert werden.
- Die Bundestagskandidatinnen und -kandidaten sprechen sich für flächendeckende barrierefreie Notrufe und Warnsysteme aus.
- Wir unterstützen die Forderung nach der Anerkennung der Deutschen Gebärdensprache als zweiter Amtssprache.
- Schließlich setzen wir uns für Schulungen von Mitarbeiter*innen des Denkmalschutzes für Barrierefreiheit ein.

(4) Wie steht Ihre Partei zur Überarbeitung des Schwerbehindertenrechtes im SGB IX und der Nachbargesetze und Verordnungen in der nächsten Legislaturperiode? Wie können nach Ihrer Meinung die besonderen Belange, Rechte und Nachteilsausgleiche für Menschen mit erworbener Hirnschädigung besser Berücksichtigung finden?

Einen Teil der Antwort finden Sie in der Antwort zu Frage 2. Im Entwurf zum Gesetz zur Sozialen Teilhabe sind die Menschen mit erworbener Hirnschädigung zwar nicht explizit erwähnt, durch eine dynamischere Definition von Behinderung und Beeinträchtigung werden auch hier Einschränkungen wie eine Hirnschädigung differenzierter betrachtet. Durch dieses Gesetz soll auch die Unterstützungsform der Persönlichen Assistenz gestärkt werden, was zu einer besseren Teilhabe behinderter Menschen beitragen wird.

Wie auch immer die Reform der Eingliederungshilfe stattfinden wird, wichtig ist für uns PIRATEN eine breite Beteiligung derer, die von den Auswirkungen dieser Reform betroffen sind.

(5) Wie steht Ihre Partei zu der Einführung eines eigenen teilhaberechtlichen Status MeH (Menschen mit erworbener Hirnschädigung) einschließlich eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs 'erheblich eingeschränkte Alltagskompetenz' angesichts der Tatsache, dass über 800.000 Menschen mit einer relevanten erworbenen Hirnschädigung sowie Millionen indirekt betroffener Angehörigen in Deutschland leben und nur regellos versorgt sind?

Die Einteilung in drei bzw. nach dem Pflege-Neuausrichtungs-Gesetz vier Pflegestufen wird der Vielfalt der Einschränkungen, mit denen Menschen leben, nicht gerecht. Die bisherigen Verbesserungen im Pflege-Neuausrichtungs-Gesetz beziehen sich vor allem auf Menschen mit demenziellen Erkrankungen. Auch unter dem Blickwinkel der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen brauchen wir hier einen neuen, teilhabeorientierten Pflegebedürftigkeitsbegriff.

(6) Welche Einflussmöglichkeiten will Ihre Partei nutzen, die Aufsichts- und Gestaltungsgremien in der Selbstverwaltung der Sozialversicherungen, die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbank und die beteiligten Leistungserbringer auf die besonderen störungsbildspezifischen Versorgungsbelange der Menschen mit erworbener Hirnschädigung und ihrer Angehörigen hinzuweisen?

In den Organen der Selbstverwaltung des Gesundheitswesens ist die Patient*innenvertretung ohne Stimmrecht beteiligt. Die PIRATEN wirken darauf hin, dass die Seite der Patientenvertretung mit Stimmrecht ausgestattet und gleichberechtigter Teil der Selbstverwaltungsorgane des Gesundheitswesens wird.

Wir PIRATEN stehen ebenfalls für eine Stärkung der Interessenvertretung aller Menschen und sind auf den Dialog mit Interessenvertreter*innen, zu dem wir Sie herzlich einladen, angewiesen.

(7) Wie kann Ihre Partei im Interesse der vielen Betroffenen helfen, die Versorgung mit neuropsychologischer Diagnostik und Therapie als vertragsärztliche/-psychotherapeutische Leistung nach der positiven Bedarfsklärung im Gemeinsamen Bundesausschuss jetzt auch wirklich flächendeckend sicherzustellen (z. B. Zulassungshemmnisse beseitigen, Ausbildungswege verbessern)?

Das Ziel der politischen Arbeit der Piratenpartei ist eine größtmögliche Inklusion aller Menschen. Um dieses Ziel zu erreichen, beziehen wir die psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung in unser Programm mit ein. Die Gesundheitspolitik hat die Ziele, medizinische und psychosoziale Hilfe zu gewährleisten, eine Behandlung zu garantieren, wo diese nötig ist, und die Gesundheit der Menschen zu erhalten. Deshalb setzen wir uns für eine psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland ein, die die Bedürfnisse der Patienten in den Mittelpunkt stellt.

Die Piratenpartei fordert darüber hinaus den zielgerichteten und zeitnahen Ausbau der gemeindenahen psychiatrischen Versorgung, eine inklusive Arbeitsmarktpolitik für Menschen mit psychischen Störungen sowie eine deutliche Verbesserung der rechtlichen Situation von Menschen mit psychischen Störungen.

Wir PIRATEN unterstützen das Konzept der multiprofessionellen Psychiatrischen Institutsambulanzen als Teil der gemeindenahen psychiatrischen Versorgung und setzen sich für den weiteren flächendeckenden Ausbau in der Bundesrepublik Deutschland ein. Psychiatrische Institutsambulanzen werden an den Psychiatrischen Abteilungen in den Allgemeinkrankenhäusern errichtet. Dabei setzen wir uns für die Ansiedlung von Psychiatrischen Abteilungen mit Psychiatrischen Institutsambulanzen in zentraler leicht erreichbarer Lage der Kreise und kreisfreien Städte ein. Bei flächenweiten Kreisen sollen zusätzliche Außenstellen der Psychiatrischen Institutsambulanzen errichtet werden. Allgemeinkrankenhäuser, die für den Aufbau der Psychiatrischen Abteilung zunächst mit psychiatrischen Stationen beginnen, sollen bereits mit diesen Stationen auch Psychiatrische Institutsambulanzen in Betrieb nehmen.

(8) Wie gedenkt Ihre Partei, die nicht durchgängig funktionierenden Gemeinsamen Servicestellen nach SGB IX effektiver werden zu lassen? Wie kann sichergestellt werden, dass dort auch Kompetenz für die besonderen Belange der Menschen mit erworbener Hirnschädigung (Neurokompetenz) für die Teilhabeberatung und -planung gewährleistet ist?

"Nicht durchgängig funktionierende Gemeinsamen Servicestellen" - das ist eine freundliche Formulierung. Nach dem o.g. Gesetzentwurf sollen die Rehabilitationsträger für eine unabhängige Beratung gemeinsame Empfehlungen verfassen. Dafür entfallen sämtliche Vorschriften über die 'Gemeinsamen Servicestellen' zugunsten einer Beratungsstruktur, die nicht vorwiegend den Interessen der Rehabilitationsträger und der Leistungserbringer verpflichtet ist. Bei dieser Beratung soll möglichst das 'Peer-Prinzip', also die Beratung durch ausgebildete Betroffene bzw. Angehörige mit einem vergleichbaren Erfahrungshintergrund, stärker gefördert werden.

(9) Beabsichtigt Ihre Partei, für betroffene Menschen mit erworbener Hirnschädigung ein neutrales einheitliches System der Fallsteuerung mit Budgetverantwortung und der durchgängigen Rehabilitation und Nachsorge, in Weiterentwicklung des in der gesetzliche Unfallversicherung praktizierten Systems, auch bei den übrigen gesetzlichen Rehabilitationsträgern nach SGB V und VI zu entwickeln? Wenn nicht, warum nicht?

Aufgrund der von Ihnen bereits beschriebenen vielfältigen Ursachen der erworbenen Hirnschädigungen gibt es derzeit unterschiedliche Zuständigkeiten sowohl für die Akutversorgung als auch bei der Rehabilitation. Gerne sind wir bereit, hier Ihre Ansätze einer "Fallsteuerung" aufzugreifen und in den politischen Prozess einzubringen. Wir fordern in unserem Wahlprogramm eine grundsätzliche Überprüfung der Vergütungssysteme im Gesundheitswesen und sind für eine Einbindung von Patient*innen und Betroffenen (bzw. deren Verbände) bei deren Weiterentwicklung.

(10) Wird Ihre Partei helfen, barrierefrei Zugang zu Rehabilitation zu ermöglichen sowie niedrigschwellige, regional verfügbare, trägerübergreifend wirksame Referenz- und Beratungsstellen (z. B. Medizinische Zentren für Erwachsene mit Behinderung, Fachambulanzen etc.) oder Netzwerke für Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit Teilhabebehinderungen insbesondere auch bei MeH zu etablieren?

Wir PIRATEN arbeiten an einer barrierefreien Umwelt und auch an einem barrierefreien Gesundheitswesen. Wir wollen, dass öffentliche Förderung abhängig von der Einhaltung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes ist .

Außerdem setzen wir uns für eine umfassende gesundheitliche Aufklärung als nächsten Schritt einer sozialen Inklusion von Menschen mit psychischen Störungen ein. In den Fokus der Aufklärung sollen vor allem jene Störungsbilder gerückt werden, die häufig von Vorurteilen und Ausgrenzungen betroffen sind und dadurch die Lebensqualität und medizinische Therapie der Betroffenen erheblich beeinträchtigen. Zusätzlich sollen auch die möglichen Behandlungs- und komplementären Hilfsangebote und Einrichtungen in die Aufklärung einbezogen werden, um die Akzeptanz solcher in der Bevölkerung zu stärken und auch die Nutzung der Möglichkeiten, gleich ob stationär, teilstationär oder ambulant, mit weniger persönlichen Bedenken und Vorbehalten zu ermöglichen. Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, den Ausbau von psychiatrischen Abteilungen in allgemeinen Krankenhäusern mit dem Ziel weiter fortzusetzen, dass alle Kreise und kreisfreien Städte im Sinne der gemeindenahen Psychiatrie mit psychiatrischen Abteilungen mit angeschlossenen Tageskliniken und psychiatrischen Institutsambulanzen versorgt werden.

(11) Wie steht Ihre Partei zur schulischen, universitären und beruflichen Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit erworbener Hirnschädigung? Welche Maßnahmen zu einer Aufstockung der personellen, strukturellen und Sachmittelressourcen hält ihre Partei für notwendig und wird diese unterstützen?

Für uns PIRATEN fängt Bildung nicht erst in der Schule an. Und wir sehen auch, dass sich viele Lehrer*innen und Erzieher*innen im Moment von den Anforderungen der Inklusion überfordert fühlen, unter anderem, weil die Schulen und Bildungseinrichtungen personell und strukturell nicht entsprechend ausgestattet sind. Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen fordert von den Staaten, inklusives Lernen für alle Kinder an Grund- und weiterführenden Schulen bereitzustellen, aber auch, dass erwachsene behinderte Menschen gleichberechtigten Zugang auf allen Ebenen des Bildungswesens haben und an lebenslanger Bildung teilhaben können.

Bis zu diesem Zustand ist es noch ein weiter Weg. Um Bildung und damit auch Inklusion finanzieren zu können, setzen wir uns für eine Aufhebung des so genannten Kooperationsverbotes ein, d.h. der Bund soll sich an den Ausgaben, die bisher die Länder haben allein tragen müssen, beteiligen. Im Bereich der frühkindlichen Bildung fordern wir gleiche Förderungsmöglichkeiten für öffentliche und private Träger. Wir wollen Lehrer*innen z. B. in der Methode der Binnendifferenzierung schulen. Wir wollen auch Personal an Schulen für Assistenzleistungen schulen, sowie Schulen transparenter und demokratischer gestalten.

(12) Welche Maßnahmen hält Ihre Partei für erforderlich, um Kinder und Jugendliche mit erworbener Hirnschädigung und insbesondere deren Familien in ihrer häufig belasteten Familiensituation zu unterstützen bzw. zu entlasten? Was wird Ihre Partei tun, um diese Maßnahmen umzusetzen?

Wie in Frage 8 schon angedeutet, sehen wir in der Schaffung und Gewährleistung einer Beratungsstruktur nach dem Peer-Prinzip einen ersten Schritt. Die Berücksichtigung einer erworbenen Hirnschädigung innerhalb der Einschätzung der Pflegebedürftigkeit halten wir ebenfalls für sinnvoll. Als dritten Aspekt finden wir es sinnvoll, die Leistungsform der Persönlichen Assistenz zu etablieren und unbürokratisch anzubieten, um mehr Teilhabe auch unabhängig von der Familiensituation zu schaffen.